



Positionspapier des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz zu Kooperationen von Ganztagschulen und Jugendverbänden

Beschluss der 94. Vollversammlung

Die Planungen der Landesregierung

Die Landesregierung beabsichtigt, in Rheinland-Pfalz 300 neue Ganztagschulen einzurichten. Ziel bei der Auswahl der Schulen wird die regionale Ausgewogenheit des Angebots sein. Die Eckpunkte des Programms sehen vor, dass diese 300 Schulen an vier Tagen in der Woche ein Ganztagsangebot bis mindestens 16 Uhr anbieten. Die Teilnahme am Ganztagsangebot ist freiwillig; ein Halbtagsangebot bleibt daneben, in der Regel an der gleichen Schule, bestehen. Nach einer Anmeldung ist die Teilnahme am Ganztagsangebot aber für mindestens ein Jahr verpflichtend. Die Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, den gesamten Zeitraum von 8.00 - 16.00 Uhr organisatorisch und pädagogisch neu zu gestalten. In Ergänzung zur geplanten Einstellung von 1000 Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften ist darüber hinaus - im Sinne der Öffnung von Schule und zur Einbindung in das soziale Umfeld - eine enge Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen, wie z.B. Verbänden, Vereinen und Musikschulen, gewünscht.

Einleitung

Ausweitung vorhandener Bildungs- und Betreuungsangebote

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, in dieser Legislaturperiode trotz Sparzwangs einen bildungs- und familienpolitischen Schwerpunkt zu setzen. Er unterstützt das Anliegen, die vorhandenen Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche zu erweitern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Einrichtung von 300 neuen Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz kann nur dann einen Beitrag leisten zu einer sachgerechten Antwort auf die veränderten Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, wenn die Konzepte zur Ganztagschule tatsächlich den Bedürfnissen der Kinder- und Jugendlichen entsprechen und aus deren Perspektive entwickelt werden. Die Familien- und Bildungspolitik der Landesregierung darf sich jedoch nicht mit der Einrichtung der Ganztagschulen begnügen. Notwendig sind weitere Anstrengungen zur Förderung der Familien und zur Verbesserung der Bildungssituation in Rheinland-Pfalz.

Freiwillige Teilnahme

Der Landesjugendring hält es für grundlegend wichtig, dass das Angebot freiwillig ist und nicht die Einführung der verpflichtenden Ganztagschule angestrebt wird. Auch in Zukunft sollen Eltern und ihre Kinder die Wahlmöglichkeit zwischen Halbtags- und Ganztagsangebot haben.

Bildung statt Betreuung

Leitender Gedanke sollte jedoch - wie Ministerin Ahnen mehrfach öffentlich betonte - die Verbesserung des gesamten Bildungsangebotes aus Perspektive der Kinder und Jugendlichen sein, nicht allein die aus Elternsicht erwünschte verlässliche Betreuung. Es geht

darum, den Schülerinnen und Schülern möglichst vielfältige Bildungsangebote und individuelle Fördermöglichkeiten zu bieten. Dies kann nur durch eine tragfähige pädagogische Gesamtkonzeption und fachlich geschultes Personal geleistet werden.

Ganzheitliche Bildung

Die Einrichtung der Ganztagschulen und die damit verbundene Diskussion bieten die Chance, grundsätzlich über das Thema Schule und Bildung nachzudenken. Für den Landesjugendring kann Bildung nur in einem ganzheitlichen Verständnis sinnvoll sein, wenn sie also die Förderung der kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen gleichermaßen zum Ziel hat. Denn "das Ziel von Bildung muss es sein, Menschen zum Leben in demokratischen Strukturen zu befähigen. Dazu muss Bildung folgendes leisten: sie muss das Lernen lehren, Wissen vermitteln und das Zusammenleben einüben. Diese drei Elemente sind gleich wichtig und nicht gegeneinander auszuspielen." So gehen Schule wie Jugendarbeit übereinstimmend davon aus, dass die bestmögliche Bildung und Förderung junger Menschen nur dann zu realisieren ist, wenn die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen ganzheitlich als Bedingungsgefüge gesehen und in die pädagogischen Aktivitäten einbezogen werden.

Zusammenarbeit aller Bildungseinrichtungen

Die Anforderungen an die Bildungseinrichtungen sind in Folge der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen stark gestiegen, so dass keine Institution alleine die vielfältigen Aufgaben bewältigen kann. "Hier muss es ein Miteinander der verschiedenen Bildungseinrichtungen geben, der schulischen wie der außerschulischen!" Dabei soll jede Bildungseinrichtung ihre spezifischen Stärken zur Geltung bringen.

Jugendarbeit und Schule

Schule und Jugendarbeit stimmen in ihren grundlegenden Zielsetzungen überein: Sie wollen die Persönlichkeit des jungen Menschen stärken, ihn zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Wahrnehmung von Aufgaben für die Gemeinschaft befähigen sowie auf die berufliche Qualifizierung und das Leben in der Erwachsenenwelt vorbereiten. "Schule hat die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu fördern, aber auch zu fordern, sie zu bilden, aber auch sie zu benoten, ihnen Werte wie Rücksichtnahme, Toleranz und Hilfsbereitschaft zu vermitteln, zugleich sie aber auch zu befähigen, sich in einer von Konkurrenz geprägten Gesellschaft orientieren zu können. [...] Im Unterschied zur leistungsorientierten und durch die Vermittlung eines vorgegebenen Lernstoffes geprägten Schule ist die Jugendarbeit freizeit- und bedürfnisorientiert und gekennzeichnet durch die Freiwilligkeit, Partizipation und Selbstorganisation. Während das Schulwesen in der Bundesrepublik staatlich und somit auch zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist, ist die Jugendarbeit gerade durch die Pluralität ihrer Träger, deren spezifische Wertorientierung und deren Eigenverantwortlichkeit gekennzeichnet."

Bisherige Kooperationen

Schule und Jugendarbeit können einander ergänzen und ihre jeweiligen Kompetenzen durch Kooperationen noch verbessern, wie dies bereits durch zahlreiche Beispiele bewiesen wird. In Rheinland-Pfalz wird bereits jetzt das Leben in Schulen und Jugendverbänden durch gelingende Kooperationsmodelle bereichert. Auffallend ist, dass es bereits mit allen vorhandenen Schulformen Kooperationen gibt und dass die gesamte Palette der Kooperationsmöglichkeiten abgedeckt wird: so gibt es unterrichtsbezogene Kooperationen genauso wie außerunterrichtliche, kontinuierliche Angebote ebenso wie projektbezogene. Darüber hinaus wurden in Kooperation u.a. Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt, Großveranstaltungen organisiert oder SchülerInnencafés eingerichtet

Akzeptanz und Vertrauen

Gleichberechtigte Kooperationen sind jedoch nicht selbstverständlich. In der Vergangenheit standen sich Schule und Jugendverbände oft reserviert gegenüber. Damit Kooperationen gelingen können müssen sich beide Seiten besser kennen, vertrauen und als gleichberechtigte Partner anerkennen. Sie müssen sich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede bewusst werden und benötigen gesicherte Rahmenbedingungen, die im Folgenden aus der Sicht der Jugendverbände in die Diskussion eingebracht werden.

Rahmenbedingungen, die aus Sicht der Jugendverbände für erfolgreiche Kooperationen notwendig sind

Der Landesjugendring hält eine Kooperationsvereinbarung mit der Landesregierung für dringend notwendig, in der folgende Punkte verbindlich geregelt werden:

- Alle Kooperationsmodelle sollen möglich sein: sowohl gleichberechtigte Kooperationen von Schulen und Jugendverbänden als auch eigene Angebote der Jugendverbände an den Schulen. Dadurch ist der Verband selbst verantwortlich für Inhalt, Organisation und Durchführung der Veranstaltung. Angebote der Verbände auch außerhalb des Schulgeländes sollten selbstverständlich sein.
- Alle anerkannten Jugendverbände haben grundsätzlich die Möglichkeit zur Kooperation mit Schulen. Es darf keine ungleiche Behandlung der unterschiedlichen Jugendverbände geben.
- Das Land Rheinland-Pfalz stellt den Jugendverbänden zum Ausbau der Kooperationen mit Schulen zusätzliche Mittel zur Verfügung, damit deren Engagement an Schulen nicht zu Lasten ihrer Regelarbeit geht.
- Der Versicherungsschutz für Veranstaltungen von Verbänden an bzw. mit Schulen muss geklärt und abgesichert werden.

Die Richtlinien für die Schulen und Schulträger, die in dem Entwurf "Hinweise zur Errichtung von Ganztagschulen" vorliegen, sollten in folgenden Punkten ergänzt werden:

- Aus den Richtlinien sollte klar der Wunsch und die Aufforderung der Landesregierung hervorgehen, dass sich Schulen dem sozialen Umfeld öffnen und Kooperationen mit außerschulischen Trägern anstreben sollen. Hier sind ausdrücklich die freien Träger der Jugendarbeit zu nennen.
- Die Landesregierung sollte keinen Zweifel aufkommen lassen, dass es sich bei den außerunterrichtlichen Angeboten ebenfalls um Bildungsangebote handelt. Für diese Angebote sollten daher verbindliche pädagogische Mindeststandards festgelegt werden.
- Das Errichtungsverfahren muß Sorge dafür tragen, dass die Ganztagschulen in das System der Jugendhilfe eingepasst werden. Dazu ist der Beschluß des örtlichen Jugendhilfeausschusses notwendig.
- Bestehende Bildungsangebote im Nachmittagsbereich und Kooperationen von Schulen und Jugendverbänden müssen berücksichtigt und sollen erhalten werden. Wir fordern daher im Rahmen der "Bestandsaufnahme im Umfeld der Schule" die Erhebung und Darstellung der Angebote freier Träger.
- Von den Antragstellern sollten von Anfang an klare Zielkriterien und die Evaluation des Angebotes eingefordert werden. Die Jugendverbände bieten auch in diesem Punkt Zusammenarbeit und Beratung an.

Der Landesjugendring unterstützt die Landesregierung darin, dass innerhalb eines allgemein verbindlichen Rahmens möglichst viele Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Die Eigenständigkeit der Schulen ist zu stärken, jedoch ist auf eine möglichst frühzeitige Einbeziehung aller Betroffenen hinzuwirken. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler.

Eine wesentliche Voraussetzung für Kooperationen sind gemeinsame Fortbildungen von Lehrkräften und schulischen wie außerschulischen pädagogischen Fachkräften. So können

Verständnis für die Arbeitsweise des je anderen erzeugt, Anregungen zur Verbesserung der eigenen Arbeit gegeben und erste Schritte zu Kooperationen eingeleitet werden. Dazu sind durch das Land die notwendigen organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Auch Jugendverbände sollten die Möglichkeit haben, solche Fortbildungen anzubieten bzw. mitzugestalten.

Um den Schulen ein verlässlicher Ansprechpartner zu sein, brauchen die Jugendverbände eine entsprechende Ausstattung mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese sind gerade zur Anbahnung und Koordinierung der Kooperationen, sowie deren Begleitung und Evaluation unerlässlich. Die Jugendverbände können diese Tätigkeiten nicht mit der vorhandenen finanziellen und personellen Ausstattung leisten und benötigen eine verbesserte Förderung durch die Landesregierung.

Ausblick

Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände sind zur Kooperation mit den Schulen bereit und wollen ihre Kompetenzen einbringen. Sie werden sich an den Diskussionen in den kommenden Monaten intensiv beteiligen, um Distanzen zwischen Schule und Jugendarbeit zu verringern, Vorurteile abzubauen und den Weg zu einem konstruktiven Miteinander im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu ebnen. Dabei wird es auch wichtig sein, die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperationspartner zu berücksichtigen. Die Jugendverbände werden nicht in allen Schulen Kooperationen anbieten können, da ihre Arbeit im wesentlichen auf ehrenamtlichen Engagement basiert und dieses gerade am frühen Nachmittag nicht unbegrenzt zur Verfügung steht.

Die Einführung der Ganztagschulen wird die Bildungs- und Jugendarbeitslandschaft in Rheinland-Pfalz nachhaltig verändern. Wir stehen am Anfang eines Prozesses, dessen Auswirkungen noch nicht vorausgesagt werden können. Deswegen sehen wir die Notwendigkeit, die Planungen so flexibel zu gestalten, dass Veränderungen und Verbesserungen möglich bleiben. Wir erwarten jedoch, dass die Kooperation mit der Schule nichts ändert an der Eigenständigkeit der Jugendverbandsarbeit und an der unabhängigen Förderung der Jugendarbeit.

Der Landesjugendring fordert die Landesregierung auf, nicht nur die erweiterten Möglichkeiten für ein intensives Lernen und Leben an den Ganztagschulen voranzubringen, deren Öffnung in das soziale Umfeld und enge Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen öffentlich zu versprechen, sondern die notwendigen Voraussetzungen dafür im Dialog mit allen Beteiligten zu schaffen.